



Bayerischer Landtag Landtagsamt Maximilianeum 81627 München

Frau  
Tina Müller  
BRK Kreisverband Südfranken  
Rothenburger Str. 33  
91781 Weißenburg

Landtagsamt

02.03.2026  
SO.0310.19

## **Sichere Finanzierung – Stabile Kitas Petition vom 07.10.2025**

Sehr geehrte Frau Müller;

der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat Ihre Petition in der öffentlichen Sitzung vom 12.02.2026 beraten und beschlossen,

**die Petition „aufgrund der Erklärung der Staatsregierung als erledigt“ zu betrachten (§ 80 Nr. 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag).**

Der Ausschuss hat zu Ihrer Petition eine Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales eingeholt. Das Staatsministerium kam bei der Überprüfung des Sachverhalts zu dem Ergebnis, dass Ihrem Anliegen nicht entsprochen werden könne.

Nach sorgfältiger Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt hält der Ausschuss die Erklärung des Staatsministeriums für richtig und sieht deshalb keine Möglichkeit, Ihrer Petition zum Erfolg zu verhelfen.

Referat P II Ausschüsse,  
Kommissionen  
Maximilianeum  
Max-Planck-Straße 1  
81627 München  
Telefon +49 (89) 41262447  
petitionen@bayern.landtag.de

Kommunikation allgemein  
Telefon +49 89 4126-0  
Fax +49 4126-1392  
landtag@bayern.landtag.de  
www.bayern.landtag.de

Öffentliche Verkehrsmittel  
U-Bahn U4/U5,  
Max-Weber-Platz  
Tram Linie 19, Maximilianeum



Zertifikat seit 2007  
audit berufundfamilie

Die Stellungnahme, die die Grundlage für das Beratungsergebnis darstellte, und den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll haben wir zu Ihrer näheren Information beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schaefer', written in a cursive style.

Schaefer

Anlagen

1 Protokollauszug

1 Stellungnahme

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vorsitzender Thomas Huber

Abg. Julia Post

Abg. Julian Preidl

Abg. Doris Rauscher

Abg. Helmut Schnotz

**Tina Müller, BRK Kreisverband Südfranken, in 91781 Weißenburg (SO.0310.19)**  
**- Sichere Finanzierung – Stabile Kitas**  
**V3/0012.01-1307 -Arbeit-**

Vorsitz: Thomas Huber (CSU)  
Berichterstattung: Julia Post (GRÜNE)  
Mitberichterstattung: Julian Preidl (FREIE WÄHLER)

**Vorsitzender Thomas Huber (CSU)** informiert den Ausschuss, ein Vertreter der Petentin sei anwesend.

**Abg. Julia Post (GRÜNE)** nennt die Ziele der Eingabe und schickt voraus, sie schließe sich der Begründung in der Stellungnahme der Staatsregierung zu der Eingabe nicht an. In dieser Woche sei der Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Änderung des BayKiBiG in Zweiter Lesung im Plenum beraten worden, in dem unter anderem der Vorschlag unterbreitet werde, die Betriebskostenförderung auf 90 % zu erhöhen. Man sehe Reformbedarf und brauche eine mutige, tragfähige und langfristige Lösung für die Kita-Landschaft in Bayern. Für vier Stunden Bildungszeit am Tag werde im Gesetzentwurf sogar eine Finanzierung durch den Freistaat von 100 % vorgeschlagen. Da Kitas auch Bildungsorte seien, habe Bayern hier eine Pflicht. In der Anhörung im Jahr 2024 hätten die Kommunen und Träger verdeutlicht, man brauche die Erhöhung der Betriebskostenförderung auf 90 %. Die Steigerung auf 70 % über den Qualitätsbonus durch die Streichung des Familien- und Krippengelds sei ein Schritt in die richtige Richtung, werde aber nicht ausreichen.

Deswegen werde dafür plädiert, die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen.

**Abg. Julian Preidl (FREIE WÄHLER)** weist darauf hin, die Probleme in der Finanzierung und die Herausforderungen in den Einrichtungen seien der Staatsregierung bewusst. Der Gesetzgeber habe sich daher zu einer Umschichtung der geplanten Mittel in die Struktur der Kindertagesbetreuung entschlossen. Man stehe hier vor großen finanziellen Herausforderungen, weil sich die Situation in den Einrichtungen verändert

habe. Schon jetzt würden in der Regel rund 60 % der Kosten in den Kindertageseinrichtungen gezahlt. Bereits 2026 sei der Qualitätsbonus als Sofortmaßnahme erhöht worden. Über den Bonus verbessere der Freistaat die Situation auch von staatlicher Seite. Die außerordentliche zusätzliche Erhöhung des Qualitätsbonus belaufe sich auf 280 Millionen Euro. Der staatliche Anteil an der Betriebskostenförderung habe sich um mehr als 10 % erhöht, wobei die Erhöhung ausdrücklich der Stabilisierung, zum Beispiel auch der Elternbeiträge, und Qualitätssicherung diene. Man habe sich der schwierigen Entscheidung, woher man das Geld nehme, gestellt und beschlossen, das Familienstartgeld in die Struktur zu geben, weil sich der Bedarf geändert habe. Die Anforderungen und Personalkosten seien gestiegen. Mit der Entscheidung würden die Einrichtungen verstärkt gefördert und finanziell entlastet. Man habe versucht, Lösungen für das Problem zu finden, und gehandelt.

Daher werde angeregt, die Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Der Petentin sollten die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug übersandt werden.

**Abg. Doris Rauscher (SPD)** schließt sich dem Votum der Berichterstatterin an, da das Petikum gerechtfertigt sei. Die Umschichtung bringe eine kleine Abfederung und ein geringes Plus hinsichtlich der Betriebskostenförderung, reiche aber definitiv nicht aus.

**Vorsitzender Thomas Huber (CSU)** betont, man sehe die Lage der Kitas. Bayern leiste im Bereich der Kita-Finanzierung und -Förderung Erhebliches. Man habe sich der schwierigen Diskussion gestellt und beschlossen, das 2018 eingeführte und freiwillig gezahlte Familiengeld von 250 Euro pro Monat im ersten und zweiten Lebensjahr umzuschichten. Die Entscheidung sei äußerst schwierig gewesen. Rund 80.000 Familien seien enttäuscht worden, aber der Staatsregierung seien die Hände gebunden gewesen; denn man habe nicht mehr Steuereinnahmen und müsse mit dem Geld auskommen, das zur Verfügung stehe. Die Regierungsfractionen hätten die Entscheidung der Staatsregierung unterstützt, dass das Geld nicht mehr als familiäre Einzelleistung ausbezahlt, sondern die frei werdenden Mittel eins zu eins ins System zu geben, damit Träger und Kommunen den Kita-Betrieb aufrechterhalten könnten und die Beiträge stabil blieben. Zwar sehe man die Notlage, aber im Zweifel seien der Erhalt der

---

Struktur und ein sicherer Kita-Platz wichtiger als eine freiwillige familiäre Einzelleistung, die in wirtschaftlich guten Zeiten eingeführt worden sei.

**Abg. Helmut Schnotz (CSU)** stellt fest, die Träger würden die Umschichtung ins System sehr wohl anerkennen. Hinsichtlich der Bekanntgabe des Basiswerts seien noch Fragen offen. Unklar sei, wie hier die Kommunikation verbessert werden könnte. Das Ministerium werde hierzu um Auskunft gebeten.

**Vorsitzender Thomas Huber (CSU)** bittet aufgrund des Zeitdrucks darum, die Frage bilateral über das Ausschussbüro zu klären.

(Die Empfehlung der Abg. Julia Post (GRÜNE), die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen, wird mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPD abgelehnt.)

***Beschluss:***

*Die Eingabe wird aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.*

*Der Petentin sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.*

*(mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPD)*